

ORF wehrt sich gegen FPÖ-Vorwürfe: Wir sind kein Privilegienstadl!

Der ORF wehrt sich gegen FPÖ-Vorwürfe der politischen Einseitigkeit und hoher Gehälter, während die Zuschauerzahlen steigen.

Wien, Österreich - Der Österreichische Rundfunk (ORF) sieht sich aktuellen Vorwürfen der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) gegenüber, die eine angebliche politische Einseitigkeit, Ineffizienz und die Praktiken innerhalb des öffentlich-rechtlichen Rundfunks anprangern. Laut dem FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker und dem ORF-Stiftungsratsmitglied Peter Westenthaler sei der ORF ein „Privilegienstadl“, der dabei versage, objektive Berichterstattung zu bieten. Diese Behauptungen wurden vom ORF entschieden zurückgewiesen. Der Sender betont, dass er politisch neutral arbeitet und die Zuschauerzahl konstant hoch ist – mit Marktanteilen von 40,4 % im Januar und 39,6 % im Februar, die die höchsten seit über einem Jahrzehnt sind. Alltägliche erreichen die Inhalte des ORF ungefähr 80 % des heimischen Publikums.

Die Vorwürfe bezüglich einer einseitigen Berichterstattung und den vermeintlich hohen Gehältern seiner Moderatoren sorgen ebenfalls für Diskussionen. Besonders kritisiert werden die Gehälter von Spitzenfiguren wie Robert Kratky, Pius Strobl und Roland Weißmann, deren Einkünfte sich auf 472.700 Euro, 451.700 Euro und 427.500 Euro belaufen. Hafenecker bezeichnet die Situation als ein „Gagenkaisertum“ und fordert eine Umwandlung des ORF in einen „Grundfunk“ zur Reduzierung der Kosten.

Reformvorschläge und Kostensenkungsstrategien

Die FPÖ fordert zudem eine detaillierte Offenlegung von Prämienzahlungen und bezeichnet die hohen Gehälter als Zeichen für ein schlechtes finanzielles Management, insbesondere angesichts der Tatsache, dass der ORF-Beitrag bis 2029 eingefroren wurde. Dies hätte zur Folge, dass sich der ORF auf Einsparungen von über 300 Millionen Euro einstellen müsse. ORF-Vertreter kontern jedoch, dass sie seit Jahren ein umfangreiches Sparprogramm umsetzen und bereits 1.000 Dienstposten abgebaut haben.

Die geschäftsführenden Organe des ORF sehen sich auch Veränderungen durch die jüngsten Gremienreformen gegenüber. Die Reform sieht vor, dass künftig sechs Mitglieder im ORF-Stiftungsrat von der Bundesregierung entsendet werden und der ORF-Publikumsrat zur Hälfte von Regierungsvertretern besetzt wird. Westenthaler kritisiert diesen Einfluss als „Riesenschmäh“ und warnt vor einer negativen Entwicklung für den ORF.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk im europäischen Kontext

Um den Kontext für die Diskussion um den ORF zu verstehen, ist es hilfreich, die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im gesamten europäischen Raum zu betrachten. Dieser dient der Grundversorgung der Bevölkerung und muss politische sowie wirtschaftliche Unabhängigkeit wahren. Obwohl der ORF als öffentlich-rechtliches Medium organisiert ist, sieht er sich zunehmend dem Wettbewerb von privatrechtlichen Anbietern gegenüber und gerät unter Druck, die Marktanteile zu halten.

In vielen europäischen Ländern wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch Gebühren und Werbeeinnahmen finanziert, was auch die Effizienz und Transparenz von Sendern wie dem ORF

betrifft. Diese öffentliche Finanzierung ist häufig Gegenstand politischer Auseinandersetzungen, was sich auch in den aktuellen Debatten um den ORF widerspiegelt. Während die Kritik an den Gehältern und der Berichterstattung zunimmt, betont der ORF seine Bemühungen um Kostensenkungen und die Einhaltung journalistischer Standards.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• exxpress.at• www.diepresse.com• de.m.wikipedia.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at